

Haltet den Dieb!

sit. Für die Wahlen im Kanton Bern vom 30. März tritt die Partei der Arbeit Bern gemeinsam mit der Kommunistischen Jugend an. Sie fordern unter anderem den Stopp des «Privatisierungswahns», der im Kanton Tausende von Arbeitsstellen in Gefahr bringt. In der Wahlkampagne wird auch aufgezeigt, was die Bürgerlichen unter dem Kampfwort «Sparen» verstehen: Die Umverteilung von unten nach oben!

Chancenlos ist das Unterfangen «Grossratswahlen» für die Berner GenossInnen nicht. Die Liste 20 der PdA Bern und der Kommunistischen Jugend (KJ) ist in einer Unterlistenverbindung mit der Alternativen Linke Bern (AL) und der Grünen Partei Bern – Demokratische Alternative (GPB-DA) und tritt ausschliesslich im Wahlkreis «Bern» an, der die Stadt Bern umfasst. So besteht der Wahlkreis für die Kantonswahlen aus denselben StimmbürgerInnen, die das städtische Parlament bestimmen. Hier hält die PdA seit 2005 einen Sitz, sowie die GPB-DA und die AL ab 2013. Nimmt man die Wahlergebnisse der letzten städtischen Wahlen der drei Parteien, liegt ein Sitz in realistischer Reichweite. Dieser ginge dann an jene Partei, die am meisten Stimmen innerhalb der Unterlistenverbindung für sich verbuchen kann. Auf die Frage, was eine so einsame Stimme im Parlament bewirken könnte, antwortet Rolf Zbinden, Spitzenkandidat und seit 2007 Stadtrat der Par-

tei der Arbeit Bern: «Du meinst wohl: Eine kommunistische Stimme im Berner Grossen Rat als einsame Ruferin im Kartoffelacker. Wir meinen: Ein Ärgernis weit über die rechte Mehrheit hinaus und ein Zeichen für jene, die mit einer Politik im Interesse eines «reformierten», «gebändigten», «zivilisierteren» Kapitalismus nichts am Hut haben.» Einverstanden, aber dafür soll sich der ganze, doch ziemlich grosse Aufwand lohnen und auszahlen? Zbinden: «Ein Futtertopf lässt sich damit nicht gewinnen. Unter dieser Voraussetzung sind wir angetreten, unter dieser Voraussetzung werden wir weitermachen: in- und ausserhalb der Parlamente. Das ist sicher mit Aufwand verbunden, auch mit Risiken, Ausgrenzungsmechanismen, gesellschaftlichen Nachteilen für Genossinnen und Genossen. Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen sind kein wohlfeiles Nebenprodukt politischer Karrieren und parlamentarischer Sesselfurzerei.»

«Sparmassnahmen» mit einem gemeinsamen Nenner

«Haltet den Dieb» fordert die PdA Bern in ihrem Wahlprogramm und hält fest: «Die Partei der Arbeit wehrt sich für das öffentliche Eigentum. Was zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen dient, muss vor den Profitgeiern geschützt werden». Gleich wird auch klar, was konkret damit gemeint ist: «Nur das öffentliche Eigentum schafft Gerechtigkeit und Gleichheit bei den Dienstleistungen: im Zugang zum Bildungssystem, im Gesundheitswesen, in Fragen der Sicherheit, in der Versorgung mit Wasser und Energie, in der Entsorgung, in der Mobilität. Werden diese Bereiche privatisiert und den Profitdieben zum Frass vorgeworfen, schliessen sie einzelne Menschen von der Teilhabe an lebenswichtigen Gütern und Angeboten aus.» So soll der «Privatisierungswahn» gestoppt werden und damit Schluss sein, dass sich «einzelne auf Kosten der Allgemeinheit lebenswichtige Ressourcen unter den Nagel reissen!»

Forderungen, die in einem politischen Kontext stehen: Im Kanton Bern gehört ein Viertel der Arbeitsplätze zum öffentlichen Sektor. Arbeitsplätze, die durch die Sparwut und die Privatisierungsbestrebungen des Berner Grossen Rates bedroht sind. Dies beweisen auch die «Sparmassnahmen», die das Parlament im November 2013 vorgelegt hat. So wurden zum Beispiel die kantonalen Beihilfen bei der Spitex und in Altersheimen gekürzt. Dies bedeutet weniger Pflegepersonal mit insgesamt schlechterer Qualifikation. Bei den chronisch Kranken in den Psychiatriekliniken sollen rund 6,5 Millionen Franken «gespart» werden. Unklar ist aber noch wie. So fragt die PdA Bern: «Soll man die LangzeitpatientInnen einfach auf die Strasse stellen?» All diese «Sparmassnahmen» haben einen gemeinsamen Nenner: Sie treffen die sozial Schwächeren, ältere Menschen, Pflegebedürftige und SchülerInnen. Notwendige Sparzwänge, um ein angeblich «drohendes Defizit im Kantonsbudget abzuwenden», wie der der sozialdemokratisch-grün dominierte Regierungsrat so gerne behauptete. Und hier beginnt der Dieb klar Konturen zu bekommen. Die PdA zeigt auf, dass es nicht ums «Sparen» geht, sondern konkret um die «Umverteilung von unten nach oben». So wurden beispielsweise bei der Steuergesetzrevision 2011 die mittleren und höheren Einkommen und Vermögen steuerlich «entlastet», was zu einem jährlichen Loch in der Kasse von über 300 Millionen Franken führte. Und weitere 25 Millionen Steuereinnahmen wurden bewusst verschenkt, als die «Entlastung» beim Kauf von Wohneigentum beschlossen wurde.

Gesundheit ist keine Ware

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Wahlkampagne der PdA und KJ ist das Gesundheitswesen. Im ganzen Kanton sind die öffentlichen Spitäler in Aktiengesellschaften ausgelagert und zusammengeschlossen worden. Sie werden nach marktwirtschaftlichen, kapitalistischen Prinzipien geführt. Das führt sie in einen ruinösen Wettbewerb. «Die Partei der Arbeit kämpft gegen diese Politik», wird im Wahlprogramm deutlich festgehalten. «Gerade das Gesundheitswesen darf nicht den kranken Mechanismen unterworfen werden, in denen es nur um Profit geht. (...) Medizinische Hilfe ist etwas, das es nicht nur dort geben sollte, wo es rentiert, sondern dort, wo sie gebraucht wird!»

Die Schlussfolgerungen der Berner GenossInnen sind so einfach wie wahr: «Um die Wohlhabenden zu entlasten, sollen die sozial Schwächeren, Alten, Pflegebedürftigen, SchülerInnen und Lehrlinge belastet werden – das ist die wirkliche Bedeutung des bürgerlichen Kampfwortes «Sparen!». Und der Dieb? Der ist nun deutlich erkennbar: Er tritt in Form der neoliberalen, kapitalistischen Politik auf. Zwar wird er durch eine vereinzelte Stimme im Parlament nicht aufgehalten werden. Doch, um es mit den Worten von Genosse Zbinden zu sagen: Ein Zeichen für all jene, die mit dem Kapitalismus nichts am Hut haben. Und das ist nicht wenig!

WAHLPROGRAMM DER PDA BERN UND KJ:
WWW.PDABERN.CH

Den Kapitalismus abschaffen

sit. Der Genosse Rolf Zbinden ist der Spitzenkandidat der Liste der PdA Bern und der Kommunistischen Jugend für die Wahlen im Kanton Bern. Der vorwärts sprach mit dem erfahrenen Politfuchs, der seit 2007 für die PdA im Berner Stadtparlament sitzt.

Rolf, mit welchen Zielen treten die PdA Bern und die Kommunistischen Jugend (KJ) bei den kantonalen Wahlen an?

Im Kanton Bern jagt ein «Sparpaket» das andere. Diese Politik ist zutiefst verlogen – bis in die Sprache hinein! In unserer Wahlkampagne brechen wir mit dieser verschleiernenden Ideologie des «Sparens» und zeigen auf, dass da frech umverteilt wird von unten nach oben, was ganz eindeutig und klassisch als Klassenkampf von oben bezeichnet werden muss. Die Sozialhilfe wird linear gekürzt, Schulklassen werden geschlossen, Prämienverbilligungen für die Krankenkassen gestrichen, Flüchtlinge werden in Bunkern interniert und vor unserer Haustür gammelt das Skandal-AKW Mühleberg vor sich hin. Eine aggressive rechte Mehrheit im Grossen Rat (Parlament) und eine mut-, fantasie- und letztendlich machtlose rotgrüne Regierung – die perfekte Mischung für eine effiziente Politik im Interesse des grossen Geldes. Mit dem Stadt-Land-Bashing ist es der Rechten zudem gelungen, einen Keil zwischen Menschen zu treiben, deren grundlegende gemeinsame Interessen demagogisch ausgeblendet werden. PdA und Kommunistische Jugend (KJ) setzen sich in ihrem Wahlkampf zum Ziel, gegen die vielfachen Spaltungsmechanismen die gemeinsamen Interessen aufzuzeigen: von Stadt und Land, Jung und Älter, In- und AusländerInnen.

Wie sieht eure Kampagne aus?

Unsere Kampagne konzentriert sich auf Interventionen im öffentlichen Raum: Auf Flugblättern, Plakaten, Klebern verbreiten wir inhaltliche Positionen rund um den thematischen Schwerpunkt der Umverteilung. Auf der Strasse führt das zu interessanten Diskussionen und zu erstaunlich breiter Zustim-

mung. Dass die Presse uns konsequent schneidet, gehört zu den Erfahrungen, die wir seit der Neugründung der Berner Sektion immer und immer wieder gemacht haben. Dass die Gewerkschaften die Kandidatur unserer Mitglieder ebenso konsequent unterschlagen – das müssen wir Wahl für Wahl immer wieder zur Kenntnis nehmen. Für grinsende Konterfeis in der bürgerlichen Presse fehlt uns nicht nur das Geld, sondern vor allem das Verständnis für eine grassierende Personalisierung von Politik, wie sie bei nahezu allen Parteien bis zum Überdross dominiert.

Die PdA, Alternative Linke Bern (AL) und die Grüne Partei Bern – Demokratische Alternative (GPB-DA) sind eine gemeinsame Unterlistenverbindung eingegangen. Sie fischen mehr oder weniger im selben WählerInnenbecken. Warum nicht gleich ein Wahlbündnis?

Diese drei Organisationen haben eine unterschiedliche Geschichte und vertreten unterschiedliche politische Kulturen. Die PdA Bern ist die Sektion einer nationalen Partei und steht mit dieser Partei für ein klares gesellschaftliches Projekt: für die Abschaffung des Kapitalismus, für eine klassenlose Gesellschaft. Sonst hätten wir ja vor elf Jahren nicht die Berner Sektion neugründen müssen. Wäre es nur ums parlamentaristische Vorwärtskommen gegangen, hätten wir uns ja einen hipperen Namen verpassen können. In diesem Sinn ist auch die gemeinsame Liste mit der Kommunistischen Jugend ein politisches Bekenntnis. Die volle Liste von PdA und KJ zeigt auch deutlich, dass wir uns nicht auf eine bestimmte Alters-, Berufs- oder Sonderinteressengruppe reduzieren lassen. Dies ist ein Versprechen weit über den Wahltag hinaus.

SIE VERTRETEN
DAS VOLK
MIT FÜSSEN
NICHT MIT
UNS!

BERNER
GROSSRATSWAHLEN
30. MÄRZ 2014

KOMMUNIS-
TISCHE
JUGEND

PARTEI
DER
ARBEIT

PdA
UND
KJ

LISTE 20

INSERAT